



DEMOKRATIE IN GEFAHR?

**Die wichtige Arbeit
von NGOs gegen
Extremismus**

SEITE 6

**Wie Politiker:innen
mit Morddrohungen
umgehen**

SEITE 10

**Christine Lambrecht
über Antisemitismus
und die Hetze im Netz**

SEITE 14

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff
Redaktionsschluss: 23. Juni 2021

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 · Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Ariane Förtschler, Lars Sembach
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
S. 3 photothek (Rolf Mützenich), S. 4/10 Susie Knoll (Katharina Zacharias),
www.spd-new.de (Sebastian Dippold), Christoph Busse (Helge Lindh),
S. 5/14/16/18 Thomas Trutschel / Kontributor (Christine Lambrecht),
S. 7 www.gesichtzeigen.de (Sophia Oppermann) S. 8 Peter van Heesen
(Timo Reinfrank) S. 21 www.elvan-korkmaz.de (Elvan Korkmaz-Emre),
S. 22 Marco Urban (Dirk Wiese), Susie Knoll (Matthias Bartke),
S. 23 www.lars-castellucci.de (Lars Castellucci)

EDITORIAL



ROLF MÜTZENICH
MdB
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Wir kämpfen gegen den Hass

Unsere Demokratie wird von vielen Seiten angegriffen. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, sie zu stärken.

Ist unser demokratisches System in Gefahr? Die Anzeichen dafür mehren sich: Erst Anfang Juni warnte der Verfassungsschutz, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus derzeit die größte Gefahr für die innere Sicherheit darstellen.

Das Bundeskriminalamt hatte bereits im Mai einen neuen Höchststand an politisch motivierten Straftaten registriert – den größten Anteil hatte dabei rechte Gewalt. Und Mitte Mai, eineinhalb Jahre nach dem Attentat auf die Synagoge in Halle, mussten wir erneut schockierende antisemitische Angriffe auf jüdische Mitbürger:innen miterleben.

Gewählte Volksvertreter:innen, insbesondere Kommunalpolitiker:innen, werden häufiger als in den vergangenen Jahrzehnten bedroht, beleidigt und verletzt. Mit dem Mord an Walter Lübcke fanden die Angriffe gegen Kommunalpolitiker:innen ihren traurigen Höhepunkt.

Die Polarisierung der Gesellschaft hat zugenommen, im Netz toben Hass und Hetze. Während der Corona-Pandemie haben Verschwörungstheorien neuen Auftrieb bekommen.

Für uns Sozialdemokrat:innen war schon immer klar: Wir tolerieren weder Rassismus, Rechtsextremismus noch Antisemitismus. Wir stellen uns all denjenigen entgegen,

die unser Land spalten wollen. Wir wollen, dass jede und jeder frei seine Meinung äußern kann, und dass sich alle Menschen in Deutschland sicher fühlen. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode wichtige Gesetze durchgesetzt, die unsere Demokratie stärken.

Wer im Internet Hassbotschaften verbreitet oder Menschen bedroht, muss jetzt mit schärferer Verfolgung rechnen. Die Verbreitung von ‚Feindeslisten‘ wird unter Strafe gestellt. Zudem wird ermöglicht, dass Ermittlungsbehörden Straftäter:innen leichter nachverfolgen können, wenn etwa Volksverhetzung im Netz stattfindet.

Es wirkt strafverschärfend, wenn eine Straftat „antisemitisch“ motiviert war. Auch die verhetzende Beleidigung wird zur Straftat. Bereits seit Anfang 2020 ist es strafbar, ausländische Flaggen auf Demonstrationen zu beschädigen.

Das Strafrecht ist wichtig, um dem Extremismus die Stirn zu bieten. Mindestens genauso wichtig ist aber auch die Prävention. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass Programme, die sich für Vielfalt und Demokratie und gegen Extremismus einsetzen auf gleichbleibend hohem Niveau finanziert werden.

Die Projektförderung verhindert Planungssicherheit und behindert die wichtige Arbeit der Trägerorganisationen. Das wollten wir ändern: Mit einem Demokratiefördergesetz sollten die Projekte endlich auch dauerhaft gefördert werden können. Aber die Unionsfraktion hat dieses wichtige Gesetz blockiert, eine für uns völlig unverständliche Entscheidung.

Wir werden weiter gegen den Hass und für eine freie, friedliche, offene und solidarische Gesellschaft kämpfen.



DEMOKRATIE IN GEFAHR?

Der Hass in unserer Gesellschaft nimmt zu: Antisemitismus und Rechtsextremismus bedrohen die Sicherheit der Bürger:innen, die Polarisierung gefährdet den Zusammenhalt, im Netz wird bedroht, beleidigt und beschimpft. Wir zeigen in diesem Heft, wie es um den Zustand der Demokratie steht - und wie die SPD-Fraktion die Demokratie stärken will.

10 VOLKSVERTRETER:INNEN

SIE LEBEN MIT DER ANGST



KATHARINA ZACHARIAS
Stadträtin
in Haldensleben



SEBASTIAN DIPPOLD
Bürgermeister von Neustadt
an der Waldnaab



HELGE LINDH
MdB

Der brutale Mord an Werner Lübcke im Juni 2019 hat deutlich gemacht, in welche Gefahr sich heute Menschen begeben, die sich als Volksvertreter:innen wählen lassen. Insbesondere Kommunalpolitiker:innen, aber auch Bundestagsabgeordnete wie Helge Lindh erleben zunehmend Bedrohungen, Hass und Hetze.

6 ZIVILGESELLSCHAFT

Um die Demokratie zu stärken, ist die Arbeit mit der Zivilgesellschaft besonders wichtig. Organisationen wie die Amadeu Antonio Stiftung oder Gesicht zeigen! arbeiten mit allen Gruppen der Gesellschaft zusammen. Sie üben mit Jugendlichen, wie man gegen rechts aufsteht, sie beraten Opfer von Hass und Hetze im Netz, sie helfen Menschen, aus rechtsextremen Netzwerken auszusteigen, sie vermitteln politische Bildung. Die SPD-Fraktion wollte sie mit dem Demokratiefördergesetz stärken - doch die Unionsfraktion blockierte.



14 INTERVIEW



20 DIGITALE KOMMUNIKATION

Die zerstörerische Macht von Social Media

Die sozialen Medien sind in ihrer jetzigen Form eine Gefahr für die Demokratie. Wir brauchen öffentlich-rechtliche Alternativen zu Twitter, Facebook und Co. — schreibt Elvan Korkmaz-Emre, MdB

22 NEBENEINKÜNFTE

Mehr Transparenz im Bundestag - endlich

Maßgebliche Nebeneinkünfte der Abgeordneten werden auf Euro und Cent offengelegt. Erst nach den Maskenaffären hat die Unionsfraktion eingelenkt — schreiben Matthias Bartke und Dirk Wiese, MdB

23 ANTISEMITISMUS

Den Schatz des Judentums bewahren

Antisemitismus bedroht das jüdische Leben in Deutschland. Wir dürfen die Augen vor keiner Form und Quelle von Antisemitismus verschließen — schreibt Lars Castellucci, MdB

»Dicke Bretter bohren lohnt sich«

Bundesjustizministerin Christine Lamrecht über Antisemitismus, den Zustand unserer Demokratie in der Corona-Pandemie - und einen ganz persönlichen politischen Erfolg.

DIE DEMOKRATIE FÖRDERER

Organisationen wie die **Amadeu Antonio Stiftung** oder **Gesicht zeigen!** leisten wichtige zivilgesellschaftliche Arbeit, um die Demokratie zu stärken. Die SPD-Fraktion kämpft seit langem dafür, dass ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden. Doch die Unionsfraktion blockierte das Vorhaben.

Verstört blicken mehrere Teenager in ein Jugendzimmer, das komplett verwüstet wurde. Die blaukarierte Bettdecke ist zerrissen. Möbel, Boden und Bücher sind mit weißen Daunenfedern überzogen, ein Brett wurde aus dem Bett geschlagen. Der gelbe Stuhl und der weiße Schreibtisch stehen mitten im Raum, auf der Erde liegen zerfetzte Papiere, umgeworfene Pappkartons und Spiele.

Das Zimmer gehört zu einer interaktiven Ausstellung, die die NGO „Gesicht Zeigen!“, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt stark macht, in Berlin-Mitte eingerichtet hat: Ziel ist es, für die Schüler:innen sinnlich erfahrbar zu machen, wie es sich anfühlt, in einer Diktatur zu leben. Mit dem Blick in das verwüstete Zimmer etwa wollen die Organisatoren „für einen Moment Beunruhigung, Irritation, und Empörung in das gewohnte Leben der Jugendlichen hineinkriechen lassen“, erklären sie in einem Informationsfilm über die Ausstellung.

„Gesicht Zeigen!“ ist eine von vielen Organisationen, die mit ihren Projekten für die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft kämpfen. Noch in sechs weiteren Räumen präsentiert die Ausstellung „7xjung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt“ Erfahrungswelten für Jugendliche. Um willkürliche Ausgrenzung geht es etwa im Raum „Meine Stadt“: Mustafa, der aus der Türkei stammt, macht hier bei einer Workshop-Übung die Erfahrung, dass er sich auf keine der dort aufgestellten Bänke setzen darf. Denn diese sind ausschließlich für Deutsche und Christen reserviert. „Das war doof“ sagt der 17-jährige erst. Er und seine Klassenkamerad:innen können sich in diesem Raum mit der Lebenswirklichkeit jüdischer Jugendlicher auseinandersetzen, die während der frühen 1930er Jahre lebten. „Jetzt kann ich mir besser vorstellen, wie sich die damals gefühlt haben“, sagt Linus, 15, am Ende des Workshops.



**SOPHIA OPPERMANN
GESCHÄFTSFÜHRERIN VON
GESICHT ZEIGEN!**

„Unser Lernort 7xjung ist ein sehr erfolgreiches Projekt, wir begegnen Schüler:innen dort wertschätzend und mit Respekt für ihre Lebenswelt, das ist oft nicht selbstverständlich für sie“, erzählt Sophia Oppermann, Geschäftsführerin von „Gesicht Zeigen!“. Vor dem Lockdown im Zuge der Corona-Pandemie war die Ausstellung auf Monate ausgebucht. Seit dem 4. Juni werden wieder Schulklassen empfangen. Manche Lehrer:innen kämen seit zehn Jahren mit ihren Schulklassen, sagt sie. Die Schüler:innen hören in den Workshops biografische Geschichten Gleichaltriger, mit denen sie sich identifizieren können. Und in Rollenspielen üben sie Zivilcourage ein: etwa wie man Provokationen von Neonazis überzeugend kontern kann. Sie sollen erfahren, dass man etwas tun kann gegen Ungerechtigkeit oder Diskriminierung.

Doch die Finanzierung des engagierten Projekts war lange alles andere als sicher. Schon dreimal musste Gesicht Zeigen! sich um Bundesmittel bewerben, die immer nur für eine begrenzte Zeit zur Verfügung stehen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich zwar auch in dieser Legislaturperiode wieder dafür eingesetzt, dass Programme der Extremismusprävention auf gleichbleibend hohem Niveau fortgesetzt werden.

Viele Projekte laufen aber alle paar Jahre wieder aus. Ständig ist unsicher, ob und wie es weitergeht. „Es ist wahnsinnig kontraproduktiv, dass wir nicht kontinuierlich arbeiten können“, sagt Oppermann. Mit immer wieder befristeten Verträgen könne man gute Mitarbeiter:innen nicht halten und keine langfristige Perspektive anbieten. Jetzt aber sollte sich das endlich ändern: Mit dem Demokratiefördergesetz sollte die Finanzierung verstetigt werden, auch als politisches Signal für die Wichtigkeit solcher Arbeit. Seit mehr als zehn Jahren kämpft die SPD-Fraktion dafür. „Wir haben bereits zahlreiche Gesetze zur Be-



**TIMO REINFRANK
GESCHÄFTSFÜHRER DER
AMADEU ANTONIO STIFTUNG**

kämpfung von Hasskriminalität und Rechtsextremismus beschlossen, um Extremisten konsequent Grenzen aufzuzeigen und sie zur Verantwortung zu ziehen. Jetzt müssen wir die Präventionsarbeit weiter stärken“, sagt Justizministerin Christine Lambrecht. „Projekte brauchen Planungssicherheit, sonst geht viel Know-How verloren und Netzwerke müssen immer wieder neu geknüpft werden.“

Das Gesetzesvorhaben schien auf gutem Weg zu sein: Vom Kabinett wurden im Mai bereits Eckpunkte beschlossen – doch die Unionsfraktion blockierte.

„Völlig inakzeptabel“ sei es, dass sich die Union derart verweigere, sagt SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese. „Ernüchtert müssen wir feststellen: Die Union nimmt die Gefahren, die von Rechtsextremisten, Rassisten und Antisemiten ausgehen, offenbar weiterhin nicht ernst“. Rechtsextremismus zu begegnen sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur eine der Sicherheitsbehörden. „Die demokratischen Kräfte, die sich in unterschiedlichen Projekten und Initiativen im ganzen Land gegen rechte Entwicklungen stemmen, müssen wir gezielt und nachhaltig finanziell fördern.“

Wiese verweist auf die Ergebnisse des Mitte Juni vorgelegten Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2020. Demnach ist die größte Bedrohung für die innere Sicherheit nach wie vor Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die Zahl der Rechtsextremen sei auf etwa 33.300 gestiegen, von denen 13.300 potenziell gewaltorientiert seien. Die Corona-Pandemie habe zur Verstärkung der rechten Szene beigetragen. Rechtsextreme hätten sich bemüht, über die Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen Anschluss an das bürgerliche Spektrum zu finden. Erst Anfang Mai hatte das Bundeskriminalamt Zahlen vorgelegt, die eine Zunahme von politisch rechts motivierten Straftaten belegte.

Wolfgang Merkel, emeritierter Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin, sieht gar eine „Erosion“ der Demokratie aufgrund dieser Entwicklungen. Neben der Zunahme rechter politischer Gewalt sowie der größeren Verbreitung rechtspopulistischer Positionen in der Gesellschaft stellt er einen Rückgang der Zufriedenheit der Bürger:innen mit dem Funktionieren der Demokratie fest, sowie „problematisch niedrige Vertrauenswerte in politische Parteien, in Parlament und Exekutive.“

Für besonders alarmierend hält der Forscher die zunehmende Polarisierung der politischen Lager, die nicht mehr miteinander kommunizierten, sondern versuchten, sich „wechselseitig zu exkludieren“. Verstärkt werde diese Polarisierung von den Plattformen der sozialen Medien, Merkel nennt sie „Echokammern“. Sie unterlägen keiner gesellschaftlichen Öffentlichkeitskontrolle, das mache sie so anfällig für Verschwörungsmysmen.

„Erfahren, dass es etwas bringt, sich einzumischen“

Auch Wolfgang Merkel hält es für wichtig, vor diesem Hintergrund die zivilgesellschaftliche Arbeit mit dem Demokratiefördergesetz zu stärken. „Wir müssen die Überzeugungen in der Gesellschaft für Demokratie stärken“, sagt er.

Für Timo Reinfank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung, hätte ein solches Gesetz nichts weniger als „ein politisches Bekenntnis zur Relevanz von Demokratiewerkarbeit, die Anerkennung unserer Arbeit, Sicherheit

der Finanzierung und damit die Möglichkeit langfristiger Planung“ bedeutet. Das sei „mehr als überfällig, ganz besonders in Zeiten, in denen die Demokratie so stark angegriffen wird wie noch nie. Nun auch von demokratisch gewählten Feinden der Demokratie mitten aus dem Bundestag selbst“, sagt Reinfank mit Blick auf die AfD-Bundestagsfraktion.

Ihm zufolge hat sich die Situation seit 2015 massiv verschlechtert. „Früher konnten wir bei unserer Arbeit auf ein allgemeines Selbstverständnis setzen, dass die Demokratie die richtige Staatsform ist und Minderheitenrechte und das Grundgesetz akzeptiert werden“. Jetzt gebe es viele Menschen, die den demokratischen Konsens aufkündigten.

Reinfank will diese Menschen nicht nur mit abstrakter politischer Bildung erreichen. Sie müssten selbst erfahren, dass es etwas bringe, sich einzumischen. Wie etwa beim „Zukunftslabor Ost“, das Menschen aus Ostdeutschland in verschiedenen Veranstaltungen mit Vertreter:innen deutscher Stiftungen, Politik und Verwaltung auf Augenhöhe zusammenbringt, um mit ihnen zusammen Strategien für die Stärkung von Demokratie zu entwickeln. Die Amadeu Antonio Stiftung ist daran beteiligt.

Es geht der Stiftung verstärkt darum, zivilgesellschaftliche Akteure zu „empowern“, indem sie Strategien lernen, wie sie antidemokratischen Positionen und Angriffen entgegen treten können. Wie etwa mit dem Projekt „Debunk“ in Sachsen, wo sie gemeinsam mit jungen Erwachsenen erarbeitet, wie verschwörungsideologischem Antisemitismus überzeugend Widerspruch entgegengebracht werden kann.

Auch bei einem Projekt gegen Antifeminismus in Kommunen geht es um „Empowerment“. Zusammen mit der Verbreitung des Rechtspopulismus habe in Deutschland auch die antifeministische Mobilisierung deutlich zugenommen, sagt Judith Rahner, die bei der Amadeu Antonio Stiftung die Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus leitet. Ihr zufolge gibt es immer wieder gezielte Angriffe auf Frauenrechtsorganisationen und Gleichstellungsbeauftragte.

Bei einem Fall (Namen und Ort will Rahner zum Schutz der Beteiligten nicht nennen) hat ein stadtbekannter Rechtspopulist eine Veranstaltung über Gewalt an Frauen zunächst gezielt gestört.

Obwohl sich diese nur an Frauen richtete, verschaffte er sich Zutritt. Im Saal fragte er, was denn für die männlichen Opfer von Falschbezeichnungen und vorgetäuschten Fällen sexualisierter Gewalt an Frauen getan werde. Zugleich wurde in den sozialen Medien ein Shitstorm gegen die Gleichstellungsbeauftragte Maren Schmidt (Name von der Redaktion geändert) losgetreten. Ihre private Adresse wurde veröffentlicht, es wurde gegen sie gehetzt. Ihre Kinder wurden in der Schule beschimpft. Mehrere Dienstrechtsbeschwerden gegen Schmidt wurden eingereicht, wegen angeblicher Männerfeindlichkeit. „Einige Gleichstellungsbeauftragte oder engagierte Frauen lassen sich durch solche Methoden Angst machen und ziehen sich zurück“, sagt Rahner. „Das ist ein Angriff auf die Demokratie, der von hinten kommt, er frisst sich durch die Zivilgesellschaft und die Kommunen.“

„Beim Shitstorm Gegenstrategien entwickeln“

Jeden Monat kommen in einer von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunale Gleichstellungsstellen und der Amadeu Antonio Stiftung betriebenen Hotline mehrere Gleichstellungsbeauftragte zu Wort, die ähnliche Angriffe schildern. Die Stiftung berät und unterstützt, hilft, Gegenstrategien zu entwickeln. Online, aber auch vor Ort. Gemeinsam mit Maren Schmidt konzipierten die Projektmitarbeiterinnen Informationsveranstaltungen und entwickelten eine Social Media-Strategie, halfen ihr, den Fall auf der Webseite öffentlich zu machen und sachlich darüber zu informieren. Auch die Mittel für dieses Projekt müssen immer wieder neu gefunden und beantragt werden.

Diese Abwehrkämpfe zu führen sei für die Betroffenen vor Ort, die ja persönlich angegriffen und diffamiert würden, „total schwierig“, sagt Rahner. Maren Schmidt jedenfalls hat sich bisher nicht unterkriegen lassen – auch dank der Amadeu Antonio Stiftung.

Die Stiftung bleibt, was das Demokratiefördergesetz angeht, trotz allem optimistisch. „Wir hoffen“, so Geschäftsführer Reinfank, „dass die nächste Regierung das Gesetzesvorhaben weiterverfolgt und mit uns im konstruktiven Gespräch bleibt.“



VOLKSVERTRETER:INNEN

SIE LEBEN MIT DER ANGST

Kommunalpolitiker:innen sind zunehmend Morddrohungen, Beleidigungen und Anfeindungen ausgesetzt – wie auch **Katharina Zacharias** und **Sebastian Dippold**.

Die beiden wollen nicht aufgeben – aber der wütende Mob hinterlässt Spuren.



KATHARINA ZACHARIAS
Stadträtin
in Haldensleben



SEBASTIAN DIPPOLD
Bürgermeister von Neustadt
an der Waldnaab

Die Zeilen sind handgeschrieben und krakelig. „Dudreckiger kleiner Nazi-Bürgermeister“, heißt es in dem Brief. „Irgendwann passen wir Dich ab und schlagen Deinen Kopp zu Brei! Du verschissener Gestapo-Hetzer! Wir kriegen Dich und Deine Drecks-Familie.“

In einem Umschlag versiegelt, an „Bürgermeister Dippold“ im Rathaus Neustadt an der Waldnaab adressiert, landet das Schreiben am 31. Mai auf dem Bürotisch von Sebastian Dippold.

Der 34-jährige ist da gerade mal ein Jahr im Amt. Im Mai 2020 wurde er zum Bürgermeister von Neustadt gewählt, ein beschauliches Städtchen mit 6000 Einwohnern in der Oberpfalz – einer tiefschwarzen Region. Es ist bereits die zweite Morddrohung, die Sebastian Dippold erreicht. Einen konkreten Anlass kann er für den Brief nicht sehen, sagt er. Anders als bei der ersten Morddrohung, die im Oktober 2020 bei ihm eintraf.

Damals hatte er ein Video veröffentlicht, in dem er die Teilnehmer:innen einer geplanten Querdenker-Demo scharf kritisierte und als „Bande von Nazis“ bezeichnete. In den Kommentaren unter einem Facebook-Post des Veranstalters der Kundgebung wurde das „Füsillieren“ von Dippold gefordert, also seine Erschießung. „Meine Formulierungen hätten etwas mehr Feinschliff vertragen können“, sagt Dippold selbstkritisch. Und die Morddrohung?

„Mir wurde da schon mulmig“, erzählt er. Aus Angst habe er ein paar Nächte bei Freunden geschlafen. Der Verfassungsschutz sieht in der rechten Szene vor Ort durchaus Gewaltpotenzial. Ans Aufhören denke er aber nicht, betont Dippold. Er will sich auch nicht einschüchtern lassen. Dippold hat sich schon als Juso gegen Rechtstextremismus engagiert, kennt Anfeindungen.

Sebastian Dippold ist noch jung und relativ neu im Amt. Doch es gibt zahlreiche Beispiele von Kommunalpolitiker:innen, die als Folge des Hasses ihre Ämter niedergelegt haben. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Bürgermeister:innen wurden hierzulande schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen, ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts

Forsa Ende April: Und aus Sorge um die eigene Sicherheit oder die ihrer Familie dachten 19 Prozent der Befragten bereits über einen Rückzug aus der Politik nach.

Die brutale Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Werner Lübcke am 1. Juni 2019 vor seinem Haus, der auf einer von Rechtsextremen erstellten „Feindesliste“ stand, dürfte ihre Furcht noch vergrößert haben.

Der Umfrage zufolge änderten 68 Prozent der Bürgermeister:innen aus Angst vor Hass und Gewalt ihr Verhalten in der Öffentlichkeit. Fast ein Drittel äußert sich demnach seltener zu bestimmten politischen Themen als früher.

Das Phänomen stelle eine Bedrohung der Demokratie dar, warnt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der jüngst das Internet-Portal „Stark im Amt“ freigeschaltet hat, auf dem bedrohte Kommunalpolitiker:innen Rat und Unterstützung finden. „Wenn sich Bürgermeister oder Gemeinderatsmitglieder vor bestimmten Themen fürchten, dann geraten Debatten und Entscheidungsprozesse in Schieflage“, sagte er. „Und wenn sich qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten in den Kommunen nicht mehr zur Wahl stellen, weil sie selbst oder ihre Familien bedroht werden, entstehen Lücken.“

Die registrierten Angriffe auf Amts- und Mandatsträger hätten sich in den vergangenen drei Jahren verdoppelt, so Steinmeier. „Vom Querdenker bis zur wütenden Anwohnerin, die ein Bauvorhaben verhindern möchte, läuft in den Rathäusern alles auf – von rechts, von links, aus der Mitte.“

Auch Katharina Zacharias erhielt verstörende Post. Die gelernte Köchin sitzt seit 2019 als stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat von Haldensleben in Sachsen-Anhalt. Im Januar 2020 lag ein Zettel im Briefkasten der 31-jährigen. Darauf gezeichnet war ein Strichmännchen mit langen Haaren. Es hing an einem Galgen. Kurz zuvor hatte Zacharias – auch sie trägt ihre Haare lang – eine rassistische Büttenrede kritisiert.

Sie war zu dem Zeitpunkt schon länger politisch aktiv und kannte Anfeindungen. „Aber das hatte eine neue Qualität“, sagt sie. Sie machte die Drohung öffentlich, und erstattete Anzeige. Was dann passierte, war fast noch schockierender als die Zeichnung mit dem Galgen: Ein AfD-Kommunalpolitiker postete auf Facebook diesen Kommentar: „Steinigungen wären für das Volk besser. Wie im alten Rom. Brot und Spiele.“



Zacharias erhält nachts auch anonyme Anrufe. Und immer wieder werden Beschimpfungen und Beleidigungen auf ihren Facebook-Account gepostet, viele der Wortmeldungen sind frauenfeindlich. „Ich lösche das immer schnell“, sagt sie. Manchmal lasse sie aber auch ihren Mann die Posts durchsehen, weil ihr das mittlerweile zu nahe gehe.

Nachts erhält sie anonyme Anrufe

Sie will weiter für ihre politischen Überzeugungen kämpfen. Aber den Zettel mit dem Galgenmännchen hat jemand direkt zu dem Mietshaus gebracht, in dem sie mit ihrer Familie lebt, das findet sie beängstigend. Ihre Familie stehe an erster Stelle – und habe ein „Vetorecht“, sagt sie. Sogar einen Rückzug aus der Politik schließt sie nicht mehr aus.

Die Morddrohungen waren für Zacharias und Dippold Einschnitte. Doch auch die weitgehende Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit macht ihnen zu schaffen. Seit sie vor eineinhalb Jahren Anzeige erstattete, hat Katharina Zacharias von der Staatsanwaltschaft nichts mehr gehört. Und die Morddrohung gegen Sebastian Dippold war der Lokalpresse in Neustadt gerade mal 30 Zeilen wert. Eine ganze Seite wurde in der gleichen Woche darüber veröffentlicht, dass der Protestant Dippold nicht am Fronleichnamzug teilnahm.

Zumindest etwas aber scheint sich nun zum Guten zu wenden: Wer im Internet Hassbotschaften verbreitet oder Menschen bedroht, muss seit Neuestem mit schärferer Verfolgung rechnen. So müssen soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter Posts mit Neonazi-Propaganda, Volksverhetzung oder Mord- und Vergewaltigungs-

drohungen künftig nicht mehr nur löschen, sondern sofort dem Bundeskriminalamt melden. Diese Regeln hat die SPD-Fraktion durchgesetzt. Zudem soll die Verbreitung von ‚Feindeslisten‘ ausdrücklich unter Strafe gestellt werden. In Zukunft macht sich dann strafbar, wer Listen veröffentlicht, die geeignet und bestimmt dafür sind, Bürger:innen Gefahren auszusetzen.

„Wir müssen die immer neuen Wellen des Hasses stoppen. Menschenverachtung, Rassismus, Antisemitismus – all das ist im Netz allgegenwärtig. Und in der Pandemie oft noch aggressiver als zuvor“, sagt Justizministerin Christine Lambrecht. „Mord- oder Vergewaltigungsdrohungen sind keine Meinungsäußerungen, sondern Straftaten, die konsequent verfolgt werden müssen.“

Drohungen mit Körperverletzung oder sexuellen Übergriffen oder Ankündigungen, etwa das Auto anzuzünden, werden künftig ähnlich behandelt wie Morddrohungen, und zwar als Straftaten. Für solche Äußerungen im Internet droht Gefängnis von bis zu zwei Jahren, bei öffentlichen Morddrohungen von bis zu drei Jahren. Auch Beleidigungen im Internet sollen mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet werden.

Um zu verhindern, dass private Adressen gezielt im Netz veröffentlicht werden, können gefährdete Personen leichter eine Auskunftssperre eintragen lassen. Und auch das Waffenrecht wurde verschärft, um es zu erschweren, dass Waffen in die Hand von Extremist:innen gelangen.

Viele Maßnahmen also, die Politiker:innen wie Sebastian Dippold und Katharina Zacharias besser schützen. Ob sie die Hetze ganz stoppen können, ist fraglich. „Unsere Gesellschaft insgesamt muss auf die Verrohung reagieren“, sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Es müsse „Zivilität zurückerobert werden“. Doch klar ist: Die Täter:innen werden künftig nicht mehr so leicht straffrei davonkommen.

„Manche riefen dazu auf, mir die Kehle durchzuschneiden“

Seitdem **Helge Lindh** vor vier Jahren für den Wahlkreis Wuppertal I in den Bundestag gewählt wurde, muss er Morddrohungen, Hass und Hetze ertragen. Ein Erfahrungsbericht.



HELGE LINDH
MdB

„Ich habe als Bundestagsabgeordneter bereits mehr als 20 Morddrohungen erhalten. In besonderer Erinnerung blieb mir diejenige vom Januar 2019. Ich hatte die „Sea Watch 3“ im Mittelmeer besucht und parallel waren gehackte Daten aus meiner ehrenamtlichen Arbeit im Netz gepostet worden. Danach bekam ich nachts per Mail die Drohung, dass auf mich nun ein Kopfgeld ausgesetzt sei. Es wurde also gleichsam ein Wettbewerb lanciert, um mich zu ermorden. Schlimm war auch der Schub von Hass und Drohungen im Herbst letzten Jahres. Manche der Posts, Mails und Briefe riefen auch zu meiner Verstümmelung auf. In einem anderen Fall wurde das Modell der für meine Ermordung vorgesehene Tatwaffe konkret benannt. Manche riefen dazu auf, mir die Kehle durchzuschneiden und meinen Körper auszuweiden. So etwas vergisst man nie wieder.“

Bevor ich in den Bundestag kam, war ich in Wuppertal Integrationsratsvorsitzender. Da wurde ich auch aggressiv angegangen, aber in eher homöopathischen Dosen. Doch schon nach meiner ersten Rede im Bundestag, die sich mit dem Thema Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigten be-

schäftigte, ging es zur Sache. Ich habe einen persönlichen Fall aus Wuppertal geschildert, dargestellt, was solch eine Situation menschlich bedeutet. Das allein löste eine Welle von Hasskommentaren aus. Weitere folgten: bei jeder Bundestagsrede, bei jeder Veröffentlichung. Anfangs traf mich der Hass vor allem im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise. Dann ging es oft um meine Haltung zum Islam und meine Einschätzungen zur Corona-Pandemie.

Ich bin eine relativ robuste Natur. Wenn man sich mit den Themen Migration, Religion, Islam und Integration und auch Rassismus und der Aufarbeitung des Nationalsozialismus auseinandersetzt, braucht man eine gewisse Grundabhärtung.

Aber Angst ist natürlich schon ein Thema. Nicht, dass ich völlig paralysiert bin nach einer Morddrohung oder in Tränen ausbreche. Es ist eher etwas, das sich anschleicht. Was einen immer wieder einholt. Ich schlafe deutlich schlechter als früher. Die Angst kann ganz unvorhergesehen wieder auftauchen, auch in meinen Träumen. Und jede neue Drohung verstärkt die Angst, so dass man das irgendwann kaum mehr wegdrängen kann.

Es ist nicht so, dass ich immer um mich blicke. Ich habe eher die Befürchtung, dass an bestimmten Orten wie meinem Büro plötzlich jemand vor der Tür steht, mit einem Messer in der Hand. Es könnte mich natürlich auch vor der Wohnung erwischen oder beim Spaziergang. Aber ich vertraue auch auf den Staatsschutz und die Polizei vor Ort, die mich regelmäßig beobachtet und auch kontrolliert.

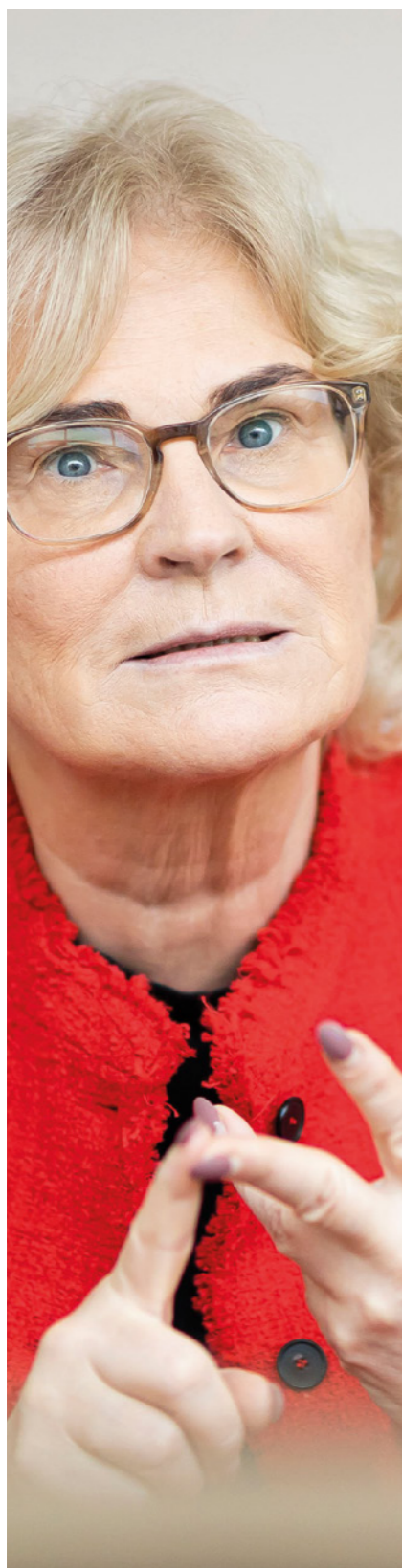
Einmal, Anfang 2018, habe ich mich dabei ertappt, dass ich mich bei einer Rede im Plenum nicht so deutlich und heftig und polemisch gegenüber der AfD geäußert hatte, wie ich es eigentlich hätte tun wollen. In dem Moment spürte ich, dass es die Möglichkeit gibt, dass ich mich einschüchtern lasse und die Drohungen und der Hass mein Verhalten beeinflussen. Und von da an habe ich, so weit es geht, immer versucht, das zu verhindern.

Ich mache immer öffentlich, was passiert. Die Täter:innen müssen wissen, dass man darüber spricht und dass sie auch unter Beobachtung stehen. Ich habe mich entschieden: Meine Strategie ist der Gegenangriff – mit Konsequenz, Klartext, Deutlichkeit und Argumenten.“

» Dicke Bretter bohren lohnt sich

**Bundesjustizministerin
Christine Lambrecht
über Antisemitismus,
den Zustand unserer
Demokratie in der
Corona-Pandemie -
und einen persönlichen
politischen Erfolg.**





Wer Synagogen anzündet, äußert nicht seine Meinung, sondern begeht eine Straftat, sagt Christine Lambrecht. Die Grundrechte während der Pandemie einzuschränken, sei ihr sehr schwer gefallen.

Fraktion intern: Mitte Mai gab es großes Entsetzen über antisemitische Ausschreitungen in Deutschland. Seit Jahren schon nehmen antisemitische Straftaten zu. Dem Antisemitismusbeauftragten Felix Klein zufolge ist der Kampf gegen den Antisemitismus auch ein Kampf um unsere Demokratie. Sehen Sie das auch so?

Christine Lambrecht: Auf jeden Fall. Denn es muss klar sein, dass in diesem Land Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit nicht nur in unserem Grundgesetz stehen, sondern auch gelebt werden können. Wir müssen klar zeigen, dass wir auch bereit sind, diese Werte zu verteidigen.

Fraktion intern: Jenen, die vor Synagogen Israelfahnen anzündeten, schien das nicht bewusst zu sein.

Christine Lambrecht: Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass durch einen tausendfachen Raketenbeschuss auf die israelische Zivilbevölkerung ein solcher Hass hier bei uns im Land entfesselt werden könnte. Deswegen ist es so wichtig, dass

wir als Gesellschaft ganz klar sagen: Keinen Fußbreit diesem Antisemitismus. Wo wir können, werden wir ihn mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. Wer Synagogen anzündet oder Fahnen verbrennt, äußert nicht seine Meinung, sondern begeht eine Straftat. Und genau als das muss man es auch bewerten.

Fraktion intern: Rechte behaupten ja, Antisemitismus sei „importiert“ worden von Zugewanderten.

Christine Lambrecht: Wer so tut, als ob Antisemitismus eine neue Entwicklung sei, der hat anscheinend die letzten Jahrzehnte in diesem Land nicht wahrgenommen. Antisemitismus ist in Deutschland latent und auch öffentlich schon immer vorhanden. Wir haben erst vorletztes Jahr das schlimme Attentat in Halle auf eine Synagoge erleben müssen. Ein deutscher Rechtsextremist hat diesen Anschlag geplant und durchgeführt. Mir persönlich ist es egal, wer eine solche Straftat begeht, und woher er kommt. Wir müssen Antisemitismus bekämpfen, unabhängig davon, woher er kommt.

Fraktion intern: Warum wird der Antisemitismus wieder sichtbarer und gewalttätiger?

Christine Lambrecht: Das antisemitische Gedankengut gab es ja schon immer. Ich habe aber den Eindruck, dass das Internet dabei eine Rolle spielt. Da trauen sich viele, solche Dinge auszusprechen, weil sie denken, mich kriegt ja keiner, ich kann nicht ermittelt werden. Aber das ist es nicht alleine. Es finden ja auch mehr ganz konkrete gewalttätige Angriffe statt. Vieles wird auch vermischt, zum Beispiel antisemitische Übergriffe mit Israelkritik. Selbstverständlich kann ich in diesem Land die Politik von Israel kritisieren, aber damit sind auf keinen Fall antisemitische Übergriffe zu rechtfertigen. Als ich vor zwei Jahren mein Amt als Justizministerin antrat, habe ich das jüdische Gymnasium in Berlin besucht. Die jungen Menschen dort haben mir erzählt, dass sie aus staatlichen Schulen geflohen sind, weil sie die Anfeindungen nicht mehr ertragen haben, im Netz, aber auch körperliche Anfeindungen. Sie sagten, dass sie sich nicht mehr frei bewegen können, dass sie sich nicht mehr trauen, jüdische Symbole zu tragen. Das hat mich schockiert. Es darf doch nicht wahr sein, dass junge Jüdinnen und Juden, wenn sie ihren Glauben leben, hierzulande gemobbt, verfolgt oder sogar gewalttätig angegriffen werden. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir konsequent dagegen vorgehen.

Fraktion intern: Ist das Strafrecht immer das richtige Mittel?

Christine Lambrecht: Das Strafrecht hilft, deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode auch wichtige neue Regeln verab-

Junge Juden und Jüdinnen dürfen nicht gemobbt werden

schiedet. Das Gesetz gegen Hasskriminalität und Rechtsextremismus ermöglicht, dass Ermittlungsbehörden Straftäter:innen leichter nachverfolgen können, wenn etwa Volksverhetzung im Netz stattfindet. Seit Anfang 2020 ist es strafbar, ausländische Flaggen auf Demonstrationen zu zerstören oder zu beschädigen. Seit einigen Wochen wirkt es ausdrücklich strafverschärfend, wenn eine Straftat „antisemitisch“ motiviert war. Auch die verhetzende Beleidigung wird zur Straftat. Das Strafrecht ist wichtig. Aber mindestens genauso wichtig ist die Prävention. Denn wir müssen es doch schaffen, die Köpfe zu erreichen, Menschen in die Lage zu versetzen, sich auch argumentativ zu wehren und diesen ganzen Hetzern, diesen Antisemiten, diesen Rassisten entgegenzu-

treten. Da gibt es tolle Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, sich aber immer von Projektförderung zu Projektförderung hangeln müssen. Deren Finanzierung wollen wir mit dem Demokratiefördergesetz verstetigen. Leider hat die Union eine Befassung im Bundestag komplett blockiert – genau wie auch bei dem Vorhaben, den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen.

Fraktion intern: Warum?

Christine Lambrecht: Obwohl wir uns mit dem Innenministerium einig waren, hat das Kanzleramt die Entwürfe noch nicht einmal auf die Tagesordnung des Kabinetts gesetzt, weil die die Unionsfraktion das nicht wollte. Wir hätten uns ja gerne über Änderungen unterhalten. Aber da, wo es hingehört, nämlich im Parlament. Da kam das Gesetz aber gar nicht erst hin, denn dazu hätte es ja erst einmal im Kabinett beschlossen werden müssen. Ich habe das Gefühl, dass in der Union momentan niemand das Sagen hat oder sich niemand traut, Entscheidungen zu treffen und dass deswegen derart wichtige Projekte einfach blockiert werden.

Fraktion intern: Wie hat der Einzug der AfD in den Bundestag unsere Demokratie verändert?

Christine Lambrecht: Der Umgang im Plenum ist ein ganz anderer geworden. Wir haben dort schon immer hart um die Sache gerungen. Im persönlichen Umgang blieb es jedoch fair. Und das hat sich verändert. Diese persönlichen Angriffe gehen auch ins Beleidigende. Auf der anderen Seite ist aber auch klar geworden, dass es viel mehr Zusammenhalt gibt von Linken über SPD,

Grüne, Union und FDP, wenn es darum geht, klare Positionen zu demokratischen Werten zu zeigen.

Fraktion intern: Seit über einem Jahr beschäftigt uns die Corona-Pandemie. Das hat auch Auswirkungen auf die Demokratie. Um die Pandemie zu bekämpfen, mussten wichtige Grundrechte eingeschränkt werden. Wie war das für Sie als Justizministerin?

Christine Lambrecht: Ich hätte mir nie vorstellen können, dass ich einmal Entscheidungen treffen würde, die Grundrechte so intensiv und so lange einschränken. Wenn man mir das vor vier, fünf Jahren gesagt hätte, dass ich Leuten vorschreibe, wann sie auf die Straße gehen können oder wen sie im privaten Bereich treffen können, hätte ich das nicht für möglich gehalten. Man muss sich immer wieder vergegenwärtigen, woher wir kommen: aus einer freien Gesellschaft. Und da müssen wir auch wieder hin.

Fraktion intern: Wie schnell müssen jetzt die Grundrechte wieder hergestellt werden?

Christine Lambrecht: Die Grundrechte können eingeschränkt werden, aber immer nur aus einem guten Grund. Und deswegen war es mir auch immer wichtig, deutlich zu machen, dass wenn der Grund wegfällt, wir auch Schritt für Schritt dafür sorgen müssen, dass die Grundrechte auch wieder gelten. Deswegen habe ich so hart dafür gekämpft, dass die Grundrechte wieder gelten müssen, wenn Menschen geimpft oder genesen sind und sie kaum noch für andere eine Gefahr darstellen.



Wir kommen aus einer freien Gesellschaft. Und da müssen wir wieder hin

Fraktion intern: Können Sie diejenigen verstehen, die das ungerecht finden, weil sie noch kein Impfangebot haben?

Christine Lambrecht: Natürlich kann ich die verstehen, logisch. Aber wir leben in einem Rechtsstaat, und da geht es eben nicht, dass meine Grundrechte, die mir als Bürger zustehen, erst dann gelten, wenn alle anderen ein Impfangebot haben. In dem Moment, in dem von mir keine Gefahr mehr ausgeht, muss ich meine Grundrechte zurückbekommen. Es geht ja auch darum, Menschen zu



helfen, die in dieser Pandemie ganz große Einschränkungen erlebt haben, zum Beispiel alte Menschen, die in Pflegeheimen leben, die über Monate hinweg in ihren Zimmern alleine essen mussten. Denen müssen wir doch ermöglichen, wieder gemeinsam in den Speisesaal zu dürfen.

Fraktion intern: Als die Grundrechte im Laufe der Pandemie immer wieder eingeschränkt wurden, haben Sie da manchmal auch gezweifelt, ob es wirklich der richtige Weg ist?

Christine Lambrecht: Auf jeden Fall. Das war ein ständiger Prozess des Ringens, und jede Entscheidung musste auch immer wieder darauf überprüft werden, ob sie verhältnismäßig ist. Ich muss als Justizministerin ja darauf achten, dass bei allen Entscheidungen die rechtsstaatlichen Grundsätze gewahrt bleiben.

Fraktion intern: Wann kommen wir denn alle wieder in den Genuss unserer individuellen Grundrechte? Wann können wir als Geimpfte, Genesene oder Getestete wieder ins Kino, große Partys feiern, wann können wir die Maske zu Hause lassen?

Christine Lambrecht: Die Inzidenz sinkt, die Impfungen nehmen zu. Woche für Woche wird mehr geöffnet. Es geht in die richtige Richtung. Ich kann leider nicht absehen, wie lange es dauern wird, bis alles wieder möglich ist. Im öffentlichen Nahverkehr werden wir wahrscheinlich noch sehr lange Masken tragen, weil es eben auch Menschen geben wird, die sich nicht impfen lassen und dieses Virus weitertragen können.

Fraktion intern: Sie sind ja jetzt schon geimpft. Worauf freuen Sie sich am meisten?

Christine Lambrecht: Ich freue mich darüber, dass ich nicht mehr durchzählen muss, wenn ich nach Hause fahre. Dass ich mich mit meiner Mutter treffen kann und mit meinem Neffen und nicht zählen muss, ob es zu viele Haushalte sind. Das ist das Befreiende an dieser Impfung – und dass ich weiß, dass ich andere nicht gefährde, wenn ich anderen begegne.

Fraktion intern: In Folge von Lockdowns und Grundrechte-Einschränkungen sind neue Protestbewegungen entstanden, wie auch die Querdenker. Wie schätzen Sie die ein? Sind sie eine Gefahr für unsere Demokratie?

Christine Lambrecht: Ich halte es für richtig, dass die Bewegung vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Die Querdenker-Bewegung ist vielschichtig. Manche wollten einfach mal ihren Frust ablassen. Aber es gibt mittlerweile gewachsene Strukturen, deren Ziel es nicht nur ist, mal eben gegen Maßnahmen zu demonstrieren, sondern den Staat insgesamt in Frage zu stellen und auch oft mit Falschnachrichten zu agieren. Es werden falsche Behauptungen aufgestellt, welche Konsequenzen Impfungen angeblich mit sich bringen und dass Menschen sich deswegen nicht impfen lassen sollen; oder die Pandemie insgesamt wird geleugnet und die Gesundheit anderer dadurch gefährdet. Das finde ich nicht nur unverantwortlich, sondern das gefährdet Menschenleben und deswegen ist es so wichtig, konsequent damit umzugehen.

Fraktion intern: Die Demokratie wird manchmal auch von ihren eigenen Vertreter:innen gefährdet.

Wie schädlich sind die Maskenaffären der Unionsfraktion?

Christine Lambrecht: Diese Affären sind sehr schädlich für das ganze politische System. Das Fehlverhalten der Unionsabgeordneten wird ja auf alle Politikerinnen und Politiker übertragen. Ich kann gar nicht verstehen, wie man auf diese absurde Idee kommen kann, dass man das Recht hätte, sich mit der Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter zusätzlich die Taschen so voll zu stopfen. Und deswegen ist es auch gut gewesen, dass die SPD-Fraktion so für Transparenzregeln, für Offenlegungen, Regeln gekämpft hat, damit auch deutlich wird: Wer macht denn hier seinen Job und kümmert sich um seinen Wahlkreis? Wer kümmert sich um seine Aufgabe? Und wer nutzt das vielleicht nur, damit er damit Kontakte herstellen kann?

Fraktion intern: Nach 23 Jahren im Bundestag treten Sie nicht noch einmal an. Fällt Ihnen ein besonderer Moment aus dieser langen Zeit als Volksvertreterin ein?

Christine Lambrecht: Ich bin über die Anti-Atomkraft-Bewegung als Juso politisch tätig geworden. In meinem Wahlkreis steht das Atomkraftwerk Biblis. 1982 bin ich in die SPD eingetreten. Fast 20 Jahre später haben wir den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Das war schon ein besonderer Moment, in dem ich gedacht habe: Es hat sich gelohnt, dicke Bretter zu bohren.



Die zerstörerische Macht von Social Media

Die sozialen Medien sind in ihrer jetzigen Form eine Gefahr für die Demokratie. Wir brauchen öffentlich-rechtliche Alternativen zu Twitter, Facebook und Co. – Von Elvan Korkmaz-Emre

Erst als die wütende Menge die Stufen des Washingtoner Kapitols erklommen hatte und schließlich in die demokratische Institution eingedrungen war, griffen Twitter und Facebook ein: Sie löschten die Posts des zu dem Zeitpunkt noch amtierenden US-Präsidenten und sperrten ihn schließlich ganz. Doch da war es schon zu spät, die Gewalt war nicht mehr zu stoppen. Donald Trump hatte bereits über seine ganze Amtszeit hinweg und insbesondere nach seiner verlorenen Wiederwahl Unwahrheiten über die Social-Media-Plattformen verbreitet, die Millionen US-Bürger:innen glaubten. Die Anstachelung zur Gewalt und die wiederholte Unterstellung angeblichen Wahlbetrugs am 21. Januar war dann nur noch die Spitze des Eisbergs.

Zwar hatten die Plattformen schon seit Längerem einzelne Beiträge des scheidenden US-Präsidenten mit

Hinweisen versehen, die auf fehlende Belege seiner Behauptungen aufmerksam machten. Doch das ganze zerstörerische Potenzial seiner Kommunikation hatten sie offenbar nicht erkannt, oder, was wahrscheinlicher ist, sich dafür nicht zuständig gefühlt.

Umso wichtiger ist es für die Politik, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Rolle die digitalen Kommunikationsplattformen in unserer Demokratie gegenwärtig spielen und künftig spielen sollten.

Problematisch ist zuallererst ihre wirtschaftliche Größe. Ihre wachsende Macht ist die Folge der immanenten Monopoltendenz der digitalen Märkte. Zwei, drei, viele Twitters funktionieren nicht, weil das Modell von der möglichst großen Reichweite lebt. Entsprechend dominieren einige Privatunternehmen mehr und mehr die Infrastruktur unserer öffentlichen Kommunikation – und damit auch

wesentlich den Raum der politischen Debatte, die zunehmend auch über diese Plattformen stattfindet.

Das Beispiel Trump zeigt die Macht dieser Plattformen, die sich lange Zeit – wenn überhaupt – nur ihren selbst gesetzten Regeln unterwerfen mussten. Einerseits können sie Mitglieder sperren und vom Diskurs ausschließen. Was bei Trump vielen als richtig erscheint, könnte aber auch zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen und die Frage aufwerfen: Wer bestimmt, wer mitreden darf? Wer mitsprechen darf, unterwirft sich der Logik der dortigen Kommunikation. Diese Logik, von Algorithmen und Anonymität bestimmt, verstärkt tendenziell das, was starke Zustimmung oder Ablehnung auslöst, also polarisiert.

Das wiederum beeinflusst auch die Demokratie. Diese ist auf die geteilte Akzeptanz über den gegenseitigen

Umgang miteinander angewiesen. Wie ‚man‘ miteinander spricht, basiert auf einem Grundkonsens zwischen den Bürger:innen über gemeinsame Werte.

Erst die praktische Anerkennung der Begrenztheit des eigenen Standpunktes und eine Offenheit gegenüber dem besseren Argument ermöglicht die formale Ordnung funktionaler Rollenverteilung und geteilter Entscheidungsbefugnis in unserem demokratischen System.

Auf Plattformen wie „Twitter“ wird dieser Grundkonsens systematisch unterlaufen. Die physische Abwesenheit der Gesprächspartner:innen beeinträchtigt offenkundig die Empathiefähigkeit. Die relative Anonymität ‚enthemmt‘ die Sprache. Die Unzahl von (teilweise widersprüchlichen, aber nahezu gleichzeitig rezipierten) Informationen verhindert ihre angemessene Organisation und damit die Unterscheidung von richtig und falsch. Und nicht selten führt das dazu, dass sich Positionen gegeneinander abschnitten: Wenn ich nichts sicher weiß oder irgendwie überprüfen kann, dann suche ich mir Bestätigung bei anderen, die dasselbe glauben.

Vor diesem Hintergrund erschließt sich, warum Twitter, Facebook und Co. der Demokratie schaden können. Die Tatsache, dass (vermeintlich!) alle alles sagen dürfen, macht noch keine Demokratie – im Gegenteil. Einschüchterung, Spott und Denunziation sind nicht ihre Mittel.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich deshalb dafür eingesetzt, den Plattformen Regeln vorzugeben. Mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Hasskriminalität und Rechts extremismus werden sie dazu verpflichtet, strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden. Dafür wurden auch die Straftatbestände an die digitale Wirklichkeit angepasst. Anbieter sozialer Netzwerke wie Twitter, Facebook und YouTube

wurden zudem mit dem „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ verpflichtet, „offensichtlich rechtswidrige Inhalte“ innerhalb von 24 Stunden nach Eingang einer Beschwerde zu entfernen oder zu sperren. Für nicht offensichtlich rechtswidrige Inhalte haben sie sieben Tage Zeit. Für Verstöße drohen den Unternehmen Bußgelder in Millionenhöhe. Zudem können sich Nutzer:innen nun auch gegen ungerechtfertigte Löschungen von Posts und Kommentaren wehren. Damit hat die SPD-Fraktion die Selbstverteidigung der Demokratie im Digitalen gestärkt.

Polarisierende Algorithmen verhindern sachliche Debatten

Doch darüber hinaus kämpft die SPD-Fraktion für eine andere digitale Öffentlichkeit, mit einer weitreichenden Regulierung der digitalen Plattformökonomie und künftig auch echten gemeinwohlorientierten, demokratischen Alternativen zu den privaten Social-Media-Unternehmen.

Es ist längst überfällig, dass wir auf europäischer Ebene nun über gleiche Wettbewerbsbedingungen für die digitalen Märkte beraten. Die Monopoltendenz kann durch eine Pflicht zur Zusammenarbeit für große Plattformen eingehegt werden. Nur über ihre effektive, europaweite Regulierung können wir auch wieder den Gestaltungsanspruch des öffentlichen Raums zurückgewinnen.

Doch mehr Wettbewerb und Regulierung lösen nicht das Grundproblem, solange das Geschäftsmodell der Plattformen polarisierende Algorithmen sind.

Es ist also notwendig, parallel dazu auch gemeinwohlorientierte, demokratische Alternativen zu Twitter, Facebook und Co. aufzubauen. Das



ELVAN KORKMAZ-EMRE
MdB

fängt schon bei den Algorithmen an, die eine sachliche Debatte fördern oder verhindern können. Voraussetzung dafür ist aber auch ein anderes Geschäftsmodell. Deshalb muss die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dessen europäische Integration die Grundlage für eine solche parallele digitale Infrastruktur bilden. In nationalen Strukturen könnte dies nicht gelingen. Eine öffentlich-rechtliche, europäische Medienplattform kann die Beziehung zwischen neuen und alten Medien, zwischen Plattform und Presse wieder in ein demokratiefähiges Verhältnis setzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits am 18. Juli 2018 geurteilt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Aufgabe habe, ein Leistungsangebot hervorzubringen, das „einer anderen Entscheidungsrationalität als der der ökonomischen Anreize folgt“ und somit angesichts der Entwicklung in den sozialen Netzwerken ein vielfaltssicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht zu bilden“ habe.

Auch für die SPD-Fraktion ist klar: Die digitale Infrastruktur unserer Kommunikation ist Teil der „Daseinsvorsorge“, sie muss den Bürgern bereitgestellt werden, genauso wie Trinkwasser oder der öffentliche Nahverkehr.

Die Zeichen stehen auf Transparenz

DIRK WIESE
MdBMATTHIAS BARTKE
MdB

Mit der Maskenaffäre hat die Unionsfraktion das Vertrauen in das Parlament beschädigt. Jetzt wurden endlich strengere Regeln beschlossen. – Von Dirk Wiese und Matthias Bartke

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist das Fundament des deutschen Parlamentarismus. Dieses Vertrauen haben bedauerlicherweise einige Abgeordnete der Unionsfraktion durch dubiose Geschäfte im Rahmen der Maskenbeschaffung und durch Korruptionsvorwürfe beschädigt. Selbst wenn nur der Eindruck entsteht, Abgeordnete wären käuflich, schadet das unserem Parlament immens. Es ist daher sicherlich folgerichtig, dass auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion ein Gesetzentwurf beschlossen wurde, der deutliche Verschärfungen der parlamentarischen Transparenzregeln vorsieht.

Seit Jahren fordern die SPD-Abgeordneten eine umfassende Reform der Transparenzregeln. Bewegt hat sich der Koalitionspartner erst, als der öffentliche Druck durch die Unregelmäßigkeiten bei der Maskenbeschaffung immer größer wurde. Nach mehreren Verhandlungen im März konnte die SPD-Fraktion dann sämtliche ihrer Forderungen in diesem Bereich durchsetzen. Das Gesetz sieht insbesondere vor, dass anzeigepflichtige Einkünfte aus Nebentätigkeiten und Unternehmens-

beteiligungen künftig betragsgenau (auf Euro und Cent) veröffentlicht werden. Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften werden bereits ab fünf Prozent (bislang 25 Prozent) der Gesellschaftsanteile offengelegt. Auch die daraus entstehenden Einkünfte werden publiziert. Ebenfalls veröffentlichungspflichtig werden Aktienoptionen.

Die von Dritten bezahlte Lobbytätigkeit von Bundestagsabgeordneten gegenüber der Bundesregierung oder dem Bundestag wird gesetzlich verboten. Ehrenamtliche Tätigkeiten gegen Aufwandsentschädigung, etwa im Vorstand eines Vereins, sollen erlaubt bleiben, sofern die Aufwandsentschädigung verhältnismäßig ist. Honorare für Vorträge im Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit und die Entgegennahme von Geldspenden werden ebenfalls untersagt.

Wenn Abgeordnete ihre Mitgliedschaft zu privaten geschäftlichen Zwecken missbrauchen, gegen das gesetzliche Verbot der entgeltlichen Interessenvertretung für Dritte oder gegen das Verbot der Honorare für

Vortragstätigkeiten verstoßen und hierdurch Einnahmen erzielen, werden diese Einnahmen an den Bundestag abgeführt.

Die Delikte der Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit werden außerdem als Verbrechen eingestuft. Die Mindeststrafe beträgt künftig ein Jahr.

Zusammen mit dem Lobbyregister, das wichtige Transparenz über die Einflussnahme von Interessensvertreter:innen auf Parlament und Regierung gewährleistet, ist das die bisher weitgehendste Reform der parlamentarischen Transparenzregeln. Man könnte sogar sagen: In dieser Legislaturperiode stehen alle Zeichen auf Transparenz. Diese Maßnahmen sind wichtig, denn für die SPD-Fraktion ist klar, dass durch das Fehlverhalten von einigen Unionsabgeordneten Vertrauen zerstört worden ist. Es besteht die Gefahr, dass sich enttäuschte Bürger:innen von unserem politischen System abwenden und es an Legitimation verliert. Mit dem Gesetz, das wir verabschiedet haben, wird unsere parlamentarische Demokratie wieder gestärkt.

Den Schatz des Judentums bewahren

Antisemitismus bedroht das jüdische Leben in Deutschland. Wir müssen es fördern und stärken. – Von Lars Castellucci

LARS CASTELLUCCI,
MdB

Als ich nach den Demonstrationen und Übergriffen Mitte Mai mit jüdischen Gemeinden telefonierte, hörte ich diesen Satz: „Meine Eltern waren im Konzentrationslager. Heute werden Steine auf unsere Synagoge geworfen. Ich habe nicht geglaubt, so etwas jemals erleben zu müssen“. Es ist nur eine von vielen Äußerungen aus diesen Gesprächen, über die ich noch immer nachdenke.

Der Antisemitismus in unserem Land ist weiterhin traurige Realität. Synagogen werden angegriffen, jüdische Gottesdienste werden aus Sorge um die Sicherheit der Gläubigen abgesagt. Seit 2015 ist ein kontinuierlicher Anstieg antisemitischer Delikte zu verzeichnen. Studien zeigen: Fast ein Drittel der Deutschen hegt negative Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden. Jüdische Mitbürger:innen haben Angst: In einer repräsentativen Umfrage der EU-Agentur für Grundrechte geben drei Viertel der Befragten an, das Tragen jüdischer Symbole (z. B. der Kippa) in der Öffentlichkeit zu vermeiden.

Als Lehre aus unserer Geschichte wird Deutschland immer an der Seite Israels als Heimstätte des jüdischen Volkes stehen. Das bedeutet eine besondere Verbundenheit, es bedeutet eine besondere Verantwort-

ung. Das muss tatsächlich allen klar sein, die Deutschland zu ihrer Heimat machen wollen. Dieses Bekenntnis schließt Kritik an der israelischen Regierung und Trauer über den ungelösten Konflikt im Nahen Osten und seine Opfer nicht aus. Doch von der Kritik zur Schmähung, zur Infragestellung des Existenzrechts ist es allzu oft nur ein Wort zu viel. Und von dort geht es weiter zu Steinwürfen, Übergriffen auf Menschen, brennenden Fahnen. Das dürfen wir nicht dulden.

Wir dürfen die Augen vor keiner Form und Quelle von Antisemitismus verschließen. Der Anschlag von Halle war ein besonders entsetzliches Beispiel für ein rechtes Motiv. Von extrem links kommt der Antisemitismus eher als radikalisierte Israelkritik daher. Und ja, wir haben auch ein Problem in muslimischen Gruppen, auch, aber nicht nur da, wo Menschen aus Kulturkreisen zu uns kommen, in denen sie mit Juden Hass aufgewachsen sind. Für alle diese Gruppen braucht es gezielte Gegenstrategien.

Gleichzeitig müssen wir gerade jüngeren Menschen stärker vermitteln, was das jüdische Leben in Deutschland heute ausmacht. Alle Schüler:innen sollten bis zu ihrem Abschluss eine Synagoge besucht haben. Und wir müssen Projekte fördern, die Be-

gegnung ermöglichen. Wie etwa das Berliner House of One, das Jüd:innen, Christ:innen und Muslim:innen gemeinsam bauen, und unter dessen Dach sich eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee befinden werden.

Die Bundesregierung hat dem Antisemitismus in dieser Legislaturperiode die Stirn gezeigt. Antisemitische Vorfälle werden unterhalb der Strafbarkeitsschwelle erfasst und Antisemitismusforschung breit und langfristig gefördert. Antisemitische Tatmotive gelten nun als sogenannte „strafscharfende Beweggründe“.

Wir brauchen jetzt eine zentrale Antisemitismuskonferenz, um gemeinsam mit Städten und Kommunen, Betroffenen und Vertretungen relevanter zivilgesellschaftlicher Organisationen über die richtigen Strategien zu beraten. Das Thema gehört mitten in die Stadtbezirke, in denen antisemitische Handlungen und Äußerungen auffallen.

Ich bin froh und dankbar, dass wir in Deutschland ein so lebendiges jüdisches Leben haben. Zahlreiche neueröffnete Synagogen und Ausbildungsstätten für Rabbiner:innen und Kantor:innen zeugen davon. Diesen Schatz des Judentums müssen wir bewahren – indem wir es stärken und fördern, wo wir können.

